Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ, wöchentlich frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 50 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7501.

Telephon-Nr. 1047. Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts. Telephon-Nr. 1047.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Nr. 56. Halle a. S., Dienstag, den 8. März 1898 9. Jahrg.

Chronik auf das Jahr 1848.

8. März.

Der **Bundestag** in Frankfurt a. M. beeilte sich, um nicht ganz hinweggeschwemmt zu werden, dem neuen Zeitgeist Zugeständnisse zu machen. Am 1. hatte er seine phrasenreiche, aber wenig versprechende Proklamation erlassen. Am 8. war er bereits zu der Ueberzeugung gekommen, „daß eine Revision der Bundesverfassung auf wahrhaft zeitgemäßer und nationaler Grundlage notwendig sei."

Die Deputation der Zeitenversammlung in **Berlin** versammelt sich. Da erscheint der Polizeipräsident, Herr v. Minutoli, und erklärt, der König wolle die Deputation nicht empfangen. Man solle das Schriftstück per Post einschicken. Am demselben Tage ergeht jedoch noch eine Proklamation des Königs, in der von Reform der Preßgesetzgebung die Rede ist. Sie macht nur geringen Eindruck.

Dänemark. Eine Versammlung von Schleswig-Holsteinern in Altona richtet an den König von Dänemark eine Adresse, in der eine gemeinsame Schleswig-Holsteinische Verfassung und Eintritt Schleswigs in den deutschen Bund verlangt wird. Daneben laufen die anderen liberalen Forderungen der Zeit, Preßfreiheit, Geschworenen Gerichte ꝛc.

Die Zentrums-Komödie.

Am Sonnabend ist nun auch die Kostendeckungsfrage für das Flottengesetz endgiltig geregelt worden.

Die Budget-Kommission nahm zunächst mit 21 gegen 7 Stimmen einen Antrag des Abgeordneten Müller-Fulda an, nach welchem eine Aenderung im Flottenbau-Plan insofern eintritt, als nach diesem Antrage der Sollbestand der geforderten Schiffe statt in sieben, bereits in sechs Jahren, also schon 1993 erreicht wird.

Eine besondere Bedeutung wird dieser Antrag wohl nie gewinnen, da die Gesamtkosten, die für Schiffsbauten aufgewendet werden sollen, die gleichen bleiben.

Die Kommission ging alsdann zur Beratung der Deckungsfrage über. Hier lagen nun die bekannten Anträge vor: die nationalliberale Resolution, welche lediglich den Wunsch ausspricht, die Regierung möge „die stärkeren Schultern" belasten, der freisinnige Antrag auf Einführung einer Vermögenssteuer, der sozialdemokratische Antrag auf Einführung einer progressiven Reichs-Einkommensteuer. Der Liebersche Antrag ist in etwas veränderter Form eingebracht worden, er hat jetzt folgenden Wortlaut:

„Die durch dieses Gesetz verursachten Kosten dürfen nicht zu einer Erhöhung der ordentlichen Matrikularbeiträge oder einer vermehrten Inanspruchnahme des Anleihe Titels oder einer Unterbrechung der Schuldentilgung führen. Vielmehr wird erforderlichenfalls, soweit die Summe der etatsmäßigen fortdauernden und einmaligen Ausgaben der Marineverwaltung für ein Rechnungsjahr die Höhe von 117 525 494 M. übersteigt, der Mehrbetrag durch außerordentliche Matrikularbeiträge gedeckt.

I. Die außerordentlichen Matrikularbeiträge werden durch Landesgesetzlich zu regelnde Zuschläge zu den direkten Steuern aufgebracht, wobei die unteren und mittleren Steuerstufen freigelassen sind.

II. So lange die landesgesetzliche Regelung in einem Bundesstaate nicht erfolgt, gelten für denselben nachstehende Bestimmungen:

1. In denjenigen Bundesstaaten, welche eine allgemeine Einkommensteuer besitzen, wird die Zuschlagsteuer von allen Einkommen von 10 000 M. und mehr erhoben. Der Einheitssatz dieses Zuschlags zur Einkommensteuer beträgt für je 100 M. des Jahreseinkommens von 10 000 M. einschließlich bis zu 50 000 M. 0.25 M., 50 000 M. bis 100 000 M. 0.50 M., 100 000 M. bis 200 000 M. 0.75 M., 200 000 M. und mehr 1 M. Durch das Reichshaushaltsgesetz wird bestimmt, wie viele Male dieser Einheitssatz zur Erhebung kommen soll. Für die Veranlagung und Erhebung der Zuschlagsteuer sind die landesrechtlichen Vorschriften über Veranlagung und Erhebung der Einkommensteuer maßgebend.

2. In denjenigen Bundesstaaten, welche eine allgemeine Einkommensteuer nicht besitzen, sind sinngemäß entsprechende Zuschläge zu den höheren Steuerbeträgen zu erheben. Die Regelung der in vorstehendem Absatze bezeichneten Zuschläge, sowie deren Veranlagung und Erhebung erfolgt im Verordnungswege.

3. Soweit in einem oder dem anderen Staate auch die in Ziffer 2 bezeichneten Zuschlagsteuern nicht erhoben werden können, werden die außerordentlichen Matrikularbeiträge wie die ordentlichen aufgebracht."

Der Regierungsvertreter, Graf Posadowsky, ersuchte, sämtliche Anträge bis zur zweiten Lesung zurück zu stellen, da die Anträge so tief einschneidend seien in die Rechte der Einzelstaaten, daß der Reichskanzler sich erst mit denselben in Verbindung setzen müsse. Die Kommission beschloß aber, die Deckungsfrage sofort zu verhandeln, um die Situation zu klären.

Darauf empfahl Abg. Richter den freisinnigen Antrag, der bedeutende Vorzüge vor dem Lieberschen habe. Eine bloße Resolution zu fassen, wie sie Bennigsen verlange, habe gar keinen Zweck. Abg. Gröber (Zentr.) tritt für den Antrag Lieber ein. Das Zentrum sei gegen die Verwehrung der indirekten Steuern; nach einer Berechnung des Professor Neumann in Tübingen kommen bereits jetzt auf ein Einkommen unter 800 M. 4½ Proz. indirekte Steuern.

Staatssekretär Posadowsky erklärt sich gegen die geteilten Anträge, die keinen gangbaren Weg zur Deckung bieten. Die Einführung einer Reichs-Einkommensteuer dürfe nicht nebenbei und gelegentlich bei Regelung einer andern Frage vorgenommen werden.

Abg. Bennigsen: Man könne den Einzelstaaten keine bestimmten Vorschriften machen über die Art, wie sie ihre Steuern erheben sollen. Das wäre ein Schritt zum Einheitsstaat. Die Kommission könne hier ihre Meinung nur in Form einer Resolution aussprechen, die der Regierung aufgiebt, die Kosten nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten Abgaben aufzubringen.

Abg. Lieber: Bennigsen's Vorschlag erreiche nur den Ausschluß der Vermehrung der indirekten Steuern, zeige aber nicht den Weg, wie man Ersatz schaffen solle; er sei durchaus bereit, diesen Vorschlag mit seinen politischen Freunden in Erwägung zu nehmen. Die Sympathie für die Flotte, ja selbst die Erkenntnis von der Notwendigkeit derselben schließe es nicht aus, daß er die von ihm verlangte Sicherheit für die Mehrbelastung haben müsse; mit dieser Frage stehe und falle die Vorlage. Er müsse die verbündeten Regierungen auf diesen Ernst der Lage hinweisen, die Bevölkerung werde den Widerstand der Regierungen nicht begreifen und ihrerseits zu dem Schlusse kommen, daß die Flottenfrage nicht so ernst sei, wie man sie gemacht habe.

Abg Hammacher (natlib.) schloß sich im allgemeinen dem Vorredner an.

Abg. Bebel führte aus, der sozialdemokratische Antrag scheine ihm auch nach dem ganzen Verlauf der Debatte als der beste. Die Kommission scheine ja davon überzeugt, daß eine stärkere Belastung der schwächeren Schultern unthunlich sei. Eine Sympathie für eine Einkommensbesteuerung der Wohlhabenden genüge aber nicht, man müsse derselben praktisch näher treten, und diesen Zweck erfülle sein Antrag in einfachster Weise Verfassungsbedenken beständen dagegen nicht, er wirke gleichmäßig unter allen Verhältnissen, schaffe keine Ungleichheiten für die Staaten, wo noch keine Einkommensteuer bestehe, und gehe nur insofern weiter als die übrigen Anträge, als er alle durch die Vorlage erwachsenden Kosten auf die von ihm gewollte Steuer verweise. Käme dadurch mehr Geld ein, so könne man ja damit Schulden tilgen; auch enthalte dieser Antrag nicht wie der Antrag Lieber die Verfuchung, die produktiven Ausgaben des Staates zu gunsten der unproduktiven Ausgaben einzuschränken. Dem Richterschen Antrag in vorliegender Form kann er nicht zustimmen, unter Umständen würden seine politischen Freunde für den Lieberschen Antrag zu haben sein; die Hammacherfche Resolution sei absolut zwecklos. Bennigsens Antrag verlasse das föderalistische Prinzip, er wolle ja eine gesetzliche Bestimmung, enthalte aber nichts Positives, man sei dadurch nicht behindert Anleihen aufzunehmen, deren Zinsen wieder die indirekten Steuern vermehrten.

Abg. v. Kardorff gab recht drastisch seinen bekannten reaktionären Standpunkt zum besten, indem er meinte, der Antrag Bebel, die Kosten der Flottenvorlage auf die Schultern der Besitzenden zu legen, sei nur gestellt, um das ganze Flottengesetz zu Falle zu bringen.

Der Graf hat also Angst, daß es an den Geldbeutel seiner Klassengenossen geht.

Abg. Singer entgegnete noch auf eine diesbezügliche Bemerkung Gröbers, der Antrag Lieber werde die Vorlage nicht populär machen, man werde vielleicht von der Mitzstimmung zur Gleichgiltigkeit übergehen. Dieser Antrag stoße mindestens auf die gleichen technischen Schwierigkeiten, wie der sozialdemokratische. Stimmten seine Freunde auch gegen das Gesetz, so wollten sie doch für den Fall seiner Annahme die von ihnen vertretenen Volksschichten schützen.

Darauf wurde die Diskussion geschlossen. Die Abstimmung wurde bis zur zweiten Lesung ausgesetzt. Mittlerweile erwartet man weitere Erklärungen der Regierungen zu den Anträgen der Parteien. — — —

Es ist also mit dieser Verhandlung die Kostendeckungsfrage bis auf einige unwesentliche redaktionelle Aenderungen gelöst. Das Zentrum wird die Bewilligung seines Antrages durchsetzen, schließlich auch noch die Bennigsensche Resolution wie Herr Lieber so treffend sagte, „in Erwägung ziehen" und die Sache ist gemacht.

Denn was will der Zentrumsantrag besagen:

Fast gar nichts. Er handelt überhaupt nicht von den Kosten, welche das neue Flottengesetz über den bisherigen Etat hinaus erfordert, sondern lediglich von den Kosten, die auch durch das Wachstum, der Steuern und Zölle nicht mehr gedeckt werden können, d. h. der Zentrumsantrag beschäftigt sich — im geraden Gegensatz zu dem sozialdemokratischen Antrag — mit Kosten, die möglicherweise überhaupt nicht entstehen.

Die ganze Stellung des Zentrums ist deshalb weiter nichts als Posse, veranstaltet, um den Zentrumswählern Sand in die Augen zu streuen, und den Anschein zu erwecken, als habe man Volksinteressen noch in letzter Stunde zu wahren gesucht.

Die Arbeiterklasse aber wird sich das Verhalten des Zentrums merken und wird es bei allen sich darbietenden Gelegenheit brandmarken als das, was es ist: Verrat an der Volkssache.

Tagesgeschichte.

Die Reichstagskommissionen kommen eine nach der anderen mit ihren Arbeiten zu Ende. Abgeschlossen haben ihre Beratungen die Kommission für die Militär Strafprozeß-Reform, die Kommission für die Dampfersubvention und für einen großen Teil ihrer Aufgaben die sogenannte Justizkommission. Fertig ist auch die Kommission für die lex Heinze, und auch der Budgetkommission bleibt nicht mehr viel zu thun übrig, wenn die schließliche Fassung der Flottenvorlage und die Prüfung des diesjährigen Marine Budgets auch noch einige lange Sitzungen kosten wird. Noch nicht erledigt haben ihre Arbeit die Kommission für das Sacharin-Gesetz und die Branntweinsteuer-Kommission, die beide noch auf die Vorlage bestimmten Materials warten, das sie von der Regierung eingefordert haben. Hinzutreten wird zu diesen Kommissionen voraussichtlich eine Kommission zur Prüfung der Novelle zum Postgesetz, deren erste Lesung im Plenum heute Montag stattfinden wird.

Viel Rühmliches ist den Kommissionsarbeiten nicht nachzusagen. Wie wenig das Ergebnis der Militärstrafprozeßkommission den zu stellenden Ansprüchen genügt, haben wir schon erörtert. Die Dampfersubvention ist nichts als eine Liebesgabe an den Norddeutschen Lloyd. In der Kommission für die lex Heinze haben sich die Reaktionäre aller Schattierungen zusammen gethan, um Kunst und Litteratur unter der Maske der „Bekämpfung der Unsittlichkeit" Fesseln anzulegen. Und die Justizkommission hat nur deshalb keinen großen Schaden anrichten können, weil ihre Hauptarbeit auf dem Gebiete des Zivilrechts liegt, wo die Bedürfnisse der bürgerlichen Gesellschaft ihr zwingender Weise vorschreiben, was sie thun muß. Ueber die Budgetkommission wird sich ein abschließendes Urteil erst fällen lassen, wenn sie ihre Arbeiten beendigt hat. Lob wird auch sie sich sicherlich nicht verdienen.

*** **Chinesisches.** Durch Kabinettsordre sind nunmehr über die Verwoltung von Kiao-Tschau folgende Bestimmungen getroffen worden:

An der Spitze der Militärverwaltung im Kiao-Tschau-Gebiet steht ein Seeoffizier mit dem Titel Gouverneur. Derselbe ist oberster Befehlshaber der militärischen Besatzung im Kiao-Tschau-Gebiet und Vorgesetzter aller in demselben angestellten Militärpersonen, sowie der Beamten der Militär- und Zivilverwaltung. Der Gouverneur hat gerichtsherrliche, Disziplinar- und Urlaubsbefugnisse eines Marine-Stationschefs; er führt innerhalb seines Befehlsbereichs eine Flagge wie die des Gouverneurs von Ostafrika. — Flagge und Person des Gouverneurs erhalten einen Salut von 13 Schuß. Der Gouverneur und die Befehlshaber der Marine stehen in keinem Unterordnungsverhältnis.

— Die Vizekönige von Nanking und Hukuang sind unzufrieden über die Verträge, die der Kaiser von China mit Deutschland abgeschlossen hat und wollen bei der erstbesten Gelegenheit ihre Unabhängigkeit vom chinesischen Kaiser proklamieren. Namentlich sind sie entrüstet, daß die Inlandszölle, sogen. Likin-Abgaben, abgeschafft sind, denn diese bildeten die Haupteinnahmen der Vizekönige. Das ganze Zollsystem ist jetzt unter kaiserliche Oberaufsicht gestellt worden.

Die russische Garnison in Port Arthur ist jetzt auf 14000 Mann gebracht. Japan ist darüber sehr entrüstet und hat an das russische Ministerium eine Note gerichtet, welche eine sofortige und bestimmte Erklärung über die Frage der fortgesetzten Okkupation von Port Arthur fordert. — Das wird Rußland herzlich wenig stören.

Die Vermögenssteuer, die die Freisinnige Partei zur Kostendeckung für die Flottenvorlage eingeführt wissen will, soll folgendermaßen zur Erhebung kommen:

§ 9. Vom 1. April 1899 ab kann eine Vermögenssteuer erhoben werden von allen deutschen Staatsangehörigen, deren bewegliches und unbewegliches Vermögen nach Abzug der Schulden den Gesamtwert von 100 000 M. erreicht. Die Vermögenssteuer gerätzt bei einem steuerbaren Vermögen von 100 000 M. bis 120 000 M. 50 M. und steigt bei größeren Vermögen für jede angefangenen 20 000 M. um 10 M.

§ 10. Durch den Reichshaushaltsetat wird alljährlich festgestellt, wie viel Monatsraten in Gemäßheit des § 9 zu erheben sind.

§ 11. Bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes finden in Bezug auf die Steuerpflicht, den Maßstab der Besteuerung, die Veranlagung, die Veranlagungsperiode und Verminderung der veranlagten Steuer, innerhalb derselben, die Steuerhebung, die Strafbestimmungen und die Kosten, die §§ 2—16 und 20—47 des Ergänzungssteuergesetzes für die preußische Monarchie vom 14. Juli 1893 sinngemäße Anwendung nach Maßgabe der Bestimmungen eine vom Bundesrat zu erlassende Verordnung. Welche Behörde in dem Bundesstaat mit der Veranlagung der Steuer, der Berufung gegen die Veranlagung und der Erhebung zu beauftragen ist, wird von der Zentralbehörde des Bundesstaates bestimmt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218980308-19/fragment/page=0001

Das sächsische Vereinsgesetz ist jetzt in der That verschlechtert worden. Die Gesetzgebungs-Deputation beschloß den Ausschluß der Minderjährigen und Frauen aus den Versammlungen und aus allen Vereinen. Die Anwesenheit Minderjähriger oder Frauen in der Versammlung soll jedoch kein Auflösungsgrund sein. Uebertretungen des Vereinsgesetzes hingegen sollen mit bis zu 150 Mark Geldstrafe eventuell sechs Wochen Haft belegt werden.

* **Sammelpolitik bis ins Blaue.** Sogar die Freisinnigen sollen jetzt gesammelt werden. Auf der Provinzial-Versammlung des Bundes der Landwirte in Königsberg erklärte Herr Diedrich Hahn:

„Er wolle alle Elemente sammeln, um unsere Volkswirtschaft gesund zu machen, wozu in erster Linie die Herbeiführung einer erträglichen Lage für die Landwirtschaft gehöre. Diese Elemente finden sich bis tief in die Reihen der Freisinnigen hinein, und deshalb nehme er auch immer die Freisinnigen auf dem Lande in Schutz, die nur freisinnig geworden seien, um die Selbstverwaltung und andere politische Rechte zu erkämpfen. Jetzt handele es sich nicht mehr um politische, sondern um wirtschaftliche Freiheit und da sei es nicht unberechtigt, an die Freisinnigen im Lande zu appellieren, sich dem Bunde der Landwirte anzuschließen, der das Recht der wirtschaftlichen Selbstbestimmung proklamiere."

Wie wird sich da Eugen Richter freuen, wenn er mit Plötz und Hahn Arm in Arm die Sammlungspolitik betreiben kann. — Nun, die Arbeiter werden sich am Wahltage auch „sammeln", aber so, daß manches Sammelbündnis, das jetzt geschlossen wird, krachen geht.

Ausland.

Oestreich-Ungarn. Eine neue Sprachenverordnung hat das Ministerium Gautch für Böhmen und Mähren erlassen an Stelle der Verordnungen Badenis vom 5. u. 22. April v. Js., die außer Kraft gesetzt werden. Die Verordnung teilt Böhmen in drei Gebiete: ein reintschechisches, ein reindeutsches und ein gemischtsprachiges, zu dem alle Bezirke mit einer nationalen Minderheit von mindestens 25 Prozent gehören, darunter auch Prag. Ganz Mähren wird als gemischtsprachig behandelt. Die Behandlung der Amtssachen und die Anforderungen an die Sprachenkenntnis der Beamten sollen nach dem jeweiligen Bedürfnis geregelt werden.

Das sind Bestimmungen, die im Prinzip wenigstens berechtigten nationalen Ansprüchen genügen und geeignet sind, die durch die Badenische Verhetzungspolitik gesteigerte nationale Erbitterung zu mildern. Den hochgespannten Ansprüchen der Tschechen dürften sie freilich kaum genügen.

Durchführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für das Parlament und die Landtage, das ist das einzige Mittel, durch den Einfluß des über den Nationalitäten stehenden Sozialismus die ernsten sozialen und politischen Aufgaben in den Vordergrund zu stellen und den lächerlich-brutalen Chauvinismus des fanatisierten Kleinbürgertums, das obendrein durch feudale und pfäffische Intriguen verhetzt ist, zurück zu drängen.

Italien. Verfassungsfeier. Die Gedenkfeier des fünfzigjährigen Bestehens der Verfassung des ehemaligen Königreichs Sardinien wurde in Rom festlich begangen. Der König, der Busenfreund Crispis, des gewaltigen Chefs der Diebsbande, die das unglückliche Land ausplündert, hielt eine „patriotische" Ansprache. Derweil herrschen Hungersnot und Hungerrevolten, die durch Pulver und Blei gestillt werden. Der Kapitalismus hat fürwahr herrlich erfüllt, was dereinst das Volk ersehnt und als Preis seiner Opfer erstrebt hat.

Amerika. Ueber weitere Rüstungen melden die Zeitungen: Die Regierung suche Schiffe zu kaufen, wo sie nur könne; es seien auch zwei Schiffe auf deutschen Werften in Aussicht genommen. Mit Chile habe sie wegen zweier armierter Kreuzer verhandeln wollen, allein Chile habe abgelehnt. Die Regierung verhandele schon mit den Eisenbahnen wegen des Transportes von Truppen.

Rußland. Im Grade noch umsturzlerisch. Alle geplanten Theater-Aufführungen, Konzerte und Festlichkeiten, anläßlich der hundertjährigen Geburtstagsfeier des polnischen Dichters Mickiewicz sind polizeilich in ganz Polen verboten worden. Die Polizei entfernte die Mickiewiczbilder und Büsten in allen Buch- und Kunsthandlungen sowie Ausstellungen. Die Zensur verbot allen polnischen Blättern einen Hinweis auf den Jubiläumstag. Die Aufregung in ganz Polen ist außerordentlich.

Das reaktionäre Wahlkartell

ist am Freitag im Abgeordnetenhause offiziell besiegelt worden. Bei einer ganz nebensächlichen Debatte — es sollte über ein neues Flachsröstverfahren verhandelt werden — erhob sich der nationalliberale Fabrikbesitzer Möller und forderte den Grafen Kanitz auf, seine Ansichten über die zukünftige Gestaltung der Handelsverträge vorzutragen. Sowie das Stichwort gefallen war, erschien Graf Kanitz auf der Szene, um die gewünschte Erklärung abzugeben. Seine Ausführungen machten den Eindruck, als ob sie eigens für die Sammelzeene präpariert worden wären. Zunächst erklärte er sich theoretisch für kurzfristige Verträge. Dann aber kam die eigentliche Pointe: die Landwirtschaft hat gar keinen Grund, sich gegen langfristige Verträge zu wehren, wenn die landwirtschaftlichen Schutzzölle dabei nicht in Mitleidenschaft gezogen werden.

Das also war des Pudels Kern! Das ganze Brimborium vorher, die versteckten Drohungen, jeden Handelsvertrag mit Meistbegünstigungsklausel abzulehnen, waren nur Mittel zu dem Zweck, die Industrie auf eine gewaltige Erhöhung der Getreidezölle vorzubereiten. Diese Erhöhung direkt zu fordern, überließ Graf Kanitz einem andern Rollenträger, dem Herrn von Kardorff, der sich seiner Aufgabe so „schneidig" erledigte, daß er sich dem Abg. Rickert auf einen Zwischenruf hin „zur Verfügung stellte", ganz wie ein junger Korpsstudent, der einen Raufhandel sucht. Darauf erhoben sich hintereinander Herr Möller, der Regisseur der Vorstellung, und der Generalsekretär Bueck, um ihre Befriedigung über das eben Gehörte auszusprechen. Die Brücke war geschlagen, auf der die nationalliberalen Industriellen ins Lager der agrarischen Konservativen abmarschierten. Vom „Bund der Landwirte" kann man nicht gut sprechen, denn sowohl Herr v. Plötz wie Dr Hahn waren im Hause nicht anwesend; entweder hielten sie sich absichtlich im Hintergrunde, um das keimende Einverständnis nicht zu stören, oder aber sie sind mit der Sammlung in Kanitzscher Manier nicht einverstanden.

Die Komödie war mit den Erklärungen der Nationalliberalen noch nicht abgeschlossen. Denn nun erhob sich als Vertreter des Zentrums Graf Ballestrem, um der Sammlung auf wirtschaftlichem Gebiet „seinen Segen zu geben". Seine politische Selbständigkeit will das Zentrum nicht aufgeben, aber wenn sich die „produktiven Stände" zu einer Politik der Brotverteuerung die Hände reichen, dann sagt das Zentrum, das im Reichstage so schön gegen indirekte Steuern zu wettern weiß, mit marinefrommem Augenaufschlag: „Das walte Gott!"

Beinahe hätte auch Herr Rickert noch den Anschluß erreicht, aber da er nicht aufgefordert war, sich sammeln zu lassen, spielte er den Beleidigten; er sicherte sich aber den Zugang zur Sammelstelle durch die entgegenkommende Erklärung, seine politischen Freunde seien keine absolutten Freihändler, sondern gemäßigte Schutzzöllner im Delbrück-Caprivischen Sinne.

Und nun kam die Schlußapotheose: Graf Schwerin erhob sich, um dem Hause mitzuteilen, daß, wie Graf Ballestrem, so auch der „Altreichskanzler" der Sammelpolitik seinen Segen erteilt habe.

Es kann also losgehen. An der Spitze des gemeinsamen Wahlaufrufs, der jetzt nicht nur von sämtlichen Landwirten des Wirtschaftlichen Ausschusses, sondern auch vom Zentralverband der Industriellen unterzeichnet wird, kommt der Name der Fürsten Bismarck zu stehen, und die „Sammlung" kann beginnen.

Der Vorwärts bemerkt dazu:

Die festgeschlossene Masse der Ausbeuter in Stadt und Land — die Brotwucherer, Hochschutzzöllner, Arbeiterknebler, die Feinde jeder Volksfreiheit, die Junker und Macker, all die gesinnungsverwandten Feinde des Proletariats stehen nun zusammen. Ihr Ziel ist nicht nur die Sicherung und Steigerung des Profits, sondern auch die politische Entrechtung und soziale Degradation der Arbeiterklasse. Sie wollen Hochschutzzölle, Verteuerung der unentbehrlichen Lebensmittel, Herrschaft des Militarismus und Marinismus, Entlastung der Starken, Belastung der Schwachen, Vernichtung des allgemeinen Wahlrechts, Zerstörung des Vereins- und Versammlungsrechts, Abschaffung des Koalitionsrechts, Verhinderung des Arbeiterschutzes, Knebelung der Presse, Reaktion auf allen Gebieten.

So bilden diese Pläne eine schwere, nicht ernst genug zu nehmende Gefahr für die Rechte des deutschen Volkes, für die freiheitliche Entwickelung des Deutschen Reiches.]

Wer noch einen Funken Gemeingefühl in der Brust hat, muß gegen dieses volksfeindliche Bündnis rücksichtsloser Verfechter großkapitalistischer Interessen zusammenstehen.

Die Arbeiter müssen sich bewußt werden der Gefahren, die ihnen drohen, wenn diese Volksfeinde bei den nächsten Wahlen die Majorität erringen, wenn sie fünf lange Jahre frei schalten und walten, wenn sie die Gesetzgebung ganz nach ihrem Geschmacke einrichten.

Es darf sich das Schauspiel vom Jahre 1887, daß das Kartell siegt, nicht nochmals wiederholen.

Mit allem Eifer muß auf die großen Gefahren aufmerksam gemacht werden, mit Kampfesfreude haben wir schon heute alle Vorbereitungen zu treffen, nichts dürfen wir unterlassen, daß am Tage der Wahl die Interessen des deutschen Volkes auch gewahrt bleiben, daß die Gegner auch völlig auf den Kopf geschlagen werden.

Die Mittel für den Wahlkampf müssen reichlich vorhanden sein, die Organisation darf nicht den kleinsten Mangel aufweisen, kein Ort darf von unserer Agitation unberührt bleiben, niemand im Deutschen Reiche darf unaufgeklärt in den Wahlkampf ziehen.

Unsere Gegner lassen es nicht an Eifer fehlen, zeigen wir den Reichsten, daß wir ihr Streben nach Herrschaft bezwingen durch den Opfermut der Aermsten, durch die Begeisterung für unsere großen Ziele; beweisen wir, daß das Kartell der Ausbeuter zerschellen muß an der Solidarität der Arbeiterklasse!

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ Wegen Nötigung im Zusammenhang mit Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung war der Steinträger Ganzlin vor dem Landgericht II in Berlin angeklagt. Der Angeklagte arbeitete während der vorjährigen Bausaison auf einen Neubau für einen Stundenlohn von 40 Pf. Anfang September verlangten die Steinträger 50 Pf., und da ihnen diese Lohnerhöhung nicht bewilligt wurde, so kam es zur Einstellung der Arbeit, woran sich aber nur wenige Arbeiter beteiligten. Am 6. September kam Ganzlin an dem Bau vorüber, riß dem Steinträger Jänicke, der zu den Arbeitenden gehörte und im Augenblick der Begegnung mit der Mörtelmulde bereits auf der Leitung stand, die Mulde von der Schulter herab und rief ihm mit drohender Geberde zu: „Wenn Du nicht gleich die Arbeit niederlegst, haue ich Dir ein paar in die F.....!" Am nächsten Tage kam der Angeklagte wieder am Bau vorüber und rief den Steinträgern Jänicke und Münzberg zu: „Wenn Ihr weiter arbeitet, schlagen wir Euch die Knochen im Leibe entzwei!" Und wegen dieser in der Erregung getanen Aeußerung beantragte der Staatsanwalt 4 Monate. Das Urteil lautete auf 2 Monate Gefängnis.

§ Schutz den Arbeitswilligen! Aus Dresden wird geschrieben:

„Ein unbegreiflich hartes Urteil wurde vom hiesigen Landgericht gegen drei Töpfer aus Meißen ausgesprochen. In Meißen streiken die Töpfer der Ofenfabrik „Saxonia" schon seit sieben Monaten. Die Angeklagten sollen sich nun der Bedrohung schuldig gemacht haben, indem sie einige weiterarbeitende Kollegen durch äußerst harmlose Redensarten, unter anderem wie „nun hält's aber die Luft an", bewegen wollten, nicht weiter zu arbeiten. Die drei wurden deshalb jeder zu **fünf** Monaten Gefängnis verurteilt. Das muß selbst in Sachsen Kopfschütteln erregen. Vorsitzender des Gerichts war der aus den Maifeier-Prozessen her bekannte frühere Amtsrichter Dr. Becker."

Parteinachrichten.

— Der unglückliche Ludwig Schröder, ehemaliger Vorsitzender des Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes, der seiner Zeit wegen angeblichen Meineides zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, wird am 3. April aus dem Zuchthause Werden entlassen. Das deutsche Volk aller Stände war schon bei der Verurteilung Schröders allgemein von der Unschuld Schröders überzeugt. Die deutschen Arbeiter und insbesondere die Bergarbeiter werden dafür sorgen, daß der schwer geprüfte und doch nicht wankend gewordene Genosse eine glänzende Ehrung vor aller Welt erfährt.

— Im Dorfe Rüdigheim im Kreise Hanau wurden bei der Gemeinderatswahl in der dritten Klasse die Arbeiterkandidaten trotz der öffentlichen Stimmenabgabe mit genau so viel Stimmen gewählt, als in diesem Orte bei der letzten Reichstagswahl Stimmen für unsere Partei abgegeben worden sind.

— Anläßlich des Jubiläums der 1848er Revolutionsbewegung hatte die österreichische Parteivertretung im Einvernehmen mit der Wiener Lokalorganisation ein bleibendes Erinnerungszeichen in Form einer Denkmünze anfertigen lassen. Wie

Die Kinder des Millionärs.

Roman von Kristofer Janson.

Autorisierte Uebersetzung von Ernst Brausewetter.

55. (Nachdruck verboten.)

Die Schöffen zogen sich zurück, und es herrschte eine atemlose Spannung. Noch ehe eine Viertelstunde vergangen war, wurde gemeldet, daß die Schöffen bereit wären, ihr Urteil zu fällen. Man versammelte in dem ganzen Saale keinen Laut. Die Schöffen kamen erst herein und nahmen wieder ihre Plätze ein.

Dann erhob der Vorsitzende sich, überzog das Urteil dem betreffenden Beamten und dieser las vor: „In Sachen Dina Nissen gegen Frau Plummer erkennen wir, die für diese Sache erwählten Schöffen, zu Recht, daß der Beklagte der Klägerin 15000 Dollars Schadenersatz zu zahlen hat." —

Man vernahm einen lauten Schrei. Dina sprang auf, umarmte in aller Anwesenheit ihren Vater und darauf Linner, den sie auf die Stirn küßte. Linner's Augen funkelten, sein ganzer Körper erbebte, seine Hände tasteten krampfhaft nach der Tischplatte und plötzlich fiel der schwere Körper bewußtlos zu Boden. Es entstand allgemeine Verwirrung, er wurde hinausgetragen; aber der Anwalt der Gegenpartei stand erregt auf und erklärte, daß er gegen das Urteil Berufung einlegen werde, da dasselbe im Widerspruch stände mit den Zeugenaussagen und da die Schöffen sich durch Vorurteil und Leidenschaftlichkeit hätten verblenden lassen, auf zu hohen Schadenersatz zu erkennen.

25. Kapitel.

Linner wurde nach Hause gefahren und auf sein Zimmer hinaufgetragen. Der Doktor kam und beobachte ihn, schüttelte aber den Kopf. Die Aufregung war für ihn zu groß gewesen, die ungewohnte Lebenswelt, seine verzweifelten Versuche der Enthaltsamkeit, die starke Hirnarbeit, alles zusammen hatte die Katastrophe bei diesem durch den Trunk zu Grunde gerichteten Körper herbeigeführt. Mehrere Tage lang lag er ohne zu sprechen und scheinbar bewußtlos da. Daniel Nissen, Dina, Arne, Agnes und ihre Mutter waren alle bei ihm oben gewesen, aber er schien niemand wieder zu erkennen. Er lag mit geschlossenen Augen im Halbschlummer da. Am vierten Tage schlug er mit klarerem Blick die Augen auf, er konnte wieder reden, aber nur undeutlich. Er fand den Wirt an seinem Bette sitzen.

„Sie küßte mich auf die Stirn, Herr Wirt," sagte er — „war es nicht so? oder habe ich es nur getraumt? — Der Kuß nimmt viel Sünde und viel Böses fort, er verteilt Versöhnung mit dem Leben — und mit dem Tode."

Er schloß wieder eine Weile die Augen und sagte dann: „Ich wußte, daß es mich töten würde, aber es ist besser so — es ist besser so. Ich habe für nichts mehr zu leben. Und wir siegten, wir siegten, nicht war?

„Man ist jeden Tag hier gewesen und hat nach Ihnen gefragt, sowohl die Familie Nissen als Frau Pryts," sagte der Wirt.

„Gott segne sie!" erwiderte Linner nur.

„Geht es Ihnen heute besser, Herr Linner? fühlen Sie sich wohler?" fragte der Wirt wieder. „Haben Sie nach etwas Verlangen? Wollen Sie etwas genießen? Champagner oder sonst etwas? Sagen Sie es nur und Sie sollen es haben."

Linner schüttelte den Kopf, dann richtete er die Augen auf den Wirt und sagte:

„Ja — nach etwas hätte ich doch Verlangen, aber — aber, das ist teuer."

„Das macht nichts," sagte der Wirt. „Sie haben mir so manchen Schilling eingebracht, so daß es nicht mehr als meine Pflicht ist, auch etwas für Sie zu thun. Sagen Sie es nur."

„Ich weiß, Sie werden Blumen auf mein Grab legen, wenn ich erst tot bin", sagte Linner, „o, aber geben Sie mir sie lieber jetzt. Nun kann ich sie noch genießen; wenn ich erst tot bin, dann kann es mir gleich sein."

„Was für Blumen wollen Sie haben?" fragte der Wirt.

„Hm —" erwiederte Linner, „sie sind teuer."

„Ich sage Ihnen ja, das macht nichts. Sie sollen sie haben."

„Ach geben Sie mir dann Maiglöckchen und Rosen, am liebsten Knospen — aufbrechende Knospen, gelbe und rote. Sie werden das Gemach mit Duft und Farbe erfüllen — und Maiglöckchen — die erinnern mich an meine Heimat, wie oft war ich im Frühling in den Thälern und pflückte sie. Sie sind so süß — so rein wie unschuldige Mädchen — sie läuteln Jennie und — ihr von heute — oder war es nicht heute?"

Linner versank wieder in seinen Halbschlummer. Als er erwachte, saß der Wirt und seine Frau mit einem Korbe auf dem Schoß voll Rosenknospen und Maiglöckchen mit Moos und Gras dazwischen an seinem Bett.

Linner lächelte und machte Zeichen, sie möchten den Korb zu seinem Gesicht emporheben.

„Wie schön! wie schön!" flüsterte Linner. „Bitte stellen Sie die Blumen rings um mich herum in Gläsern, dann ruhe ich wie in einem Rosenbett — und von den Maiglöckchen geben Sie mir einige in die Hand. Und dann — dann holen Sie die Violine, Musik und Blumen gehören zusammen."

Der Wirt brachte die Violine, während seine Frau die Blumen aufstellte, wie er gebeten hatte. Linner traten die Thränen in die Augen, als er die Violine und den Bogen in der Hand hielt, er hob sie empor und küßte sie. „Lebe wohl, mein letzter einziger Freund", sagte er leise. „Hören Sie, Herr Wirt, wenn ich tot bin, dann geben Sie sie Arne Nissen, sagen Sie ihm, ich spielte sein Lebensglück in sie hinein. — Und dann noch eine Bitte. Sie sind so gut gegen mich gewesen, so gut, nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich sie darum bitte — mich ein Wörlchen allein zu lassen — ganz allein. Ich will mich in Blumenduft baden und die ganze Gegenwart vergessen. Ich will meiner Kindheitserinnerungen gedenken und Jennie's. — Und dann" fügte er mit einem Anstrich von Humor hinzu, „dann schließt Petrus mir vielleicht eher die Himmelspforte auf, wenn ich nach Maiglöckchen und Rosen dufte, als wenn ich nach Bier und Käse stinke."

Der Wirth und seine Frau nickten nur und schlichen auf den Zehspitzen hinaus, aber nicht weiter als bis zur obersten Treppenstufe. Sie wagten ihn nicht allein zu lassen, es konnte ihm etwas zustoßen; die Thür hatten sie ein Wörchen offen gelassen.

Es war lange still drot drinnen, nur ein leises Murmeln, als wenn der Kranke mit sich selbst spräche. Dann ertönte ein schwacher, zitternder Ton von den Saiten der Violine und er machte den Versuch eine Melodie zu spielen, aber ihm fehlte die Kraft.

„Vorbei, vorbei", hörten sie ihn seufzen. Dann war es wieder still. „Jennie, Jennie — willst Du mich aufnehmen, wenn ich komme, ich komme mit Musik — mit Blumen — Maiglöckchen und Rosen — sie bitten für mich, für Dich sind diese Blumen."

(Fortsetzung folgt.)

Heiteres.

— In der phrenologischen Seance. „Pardon, Herr Professor, wollen Sie durch die Untersuchung meines Kopfes meinen Charakter oder den meiner Frau studieren?"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218980308-19/fragment/page=0002

telegraphiert wird, sind diese Denkmünzen jetzt polizeilich beschlagnahmt worden.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 7. März 1898.

* **In der Schwurgerichtsperiode**, die heute, Montag, beginnt, kommen folgende Fälle zur Aburteilung: Heute der Arbeiter Kozack wegen körperlicher Mißhandlung mit tödlichem Ausgang. Dienstag, den 8. März, die unverehel. Tagelöhnerin Sidonie Anna Geißler aus Eilenburg wegen Urkundenfälschung und Betrugs. Mittwoch, den 9. März, der frühere Stellmacher, jetzige Arbeiter Gustav Fricke aus Gorenzen wegen Urkundenfälschung, Jagdvergehens und Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Donnerstag, den 10. März, der Müller Friedr. Wilh. Binzelberg aus Bockleben wegen Notzucht und vorsätzlicher Mißhandlung. Am Freitag, 11. März, der Maurer Herm. Bachran aus Kröllwitz wegen Meineids. Am Sonnabend, den 12. März, der Bergarbeiter Valentin Schmielewski aus Greppin wegen Notzucht. Am Montag, den 14. März, der Bergarbeiter Fritz Leibling aus Unterteuschenthal wegen Meineids. Am Dienstag, den 15. März, der Dienstknecht Richard Worch aus Bischofsroda wegen Brandstiftung. Am Mittwoch, den 16. März, der Malergehilfe Jul. Lorenzen aus Giebichenstein. Am Donnerstag, den 17. März, der Zirkusbesitzer Nikolaus Schwarz, dessen Ehefrau Wilhelmine geb. Berg und die unverehelichte Charlotte Wagner aus Stollberg i. S. wegen Landfriedensbruchs, Körperverletzung und Beleidigung.

* **Verworfen** wurde die Berufung des Malermeisters Karl Zeidler, der gegen das Urteil des Amtsgerichts, das seinen Anspruch wegen des seiner Frau auf dem Wochenmarkt zugestoßenen Unglücks Einspruch erhoben hatte. Die erste Zivilkammer sagte in der Urteilsbegründung, der Anspruch des Klägers ginge zu weit, die Stadt Halle sei nicht ersatzpflichtig.

Frau Zeidler trat, wie wir schon aus der Vorinstanz berichtet haben, auf eine Gurkenschale und kam zu Falle.

§ **Revision eingelegt** hat der Staatsanwalt in der Sache des Vorsitzenden des Zimmererverbandes, Uebertretung des § 360, Abs. 9 des Str.-G.-B. betreffend. Der Zimmererverband soll bekanntlich eine Versicherungsanstalt und von der Genehmigung der Staatsbehörde abhängig sein. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten, aber das Landgericht sprach ihn frei, da das Kammergericht in ähnlichen Angelegenheiten schon auf Freisprechung erkannt hatte. Der Staatsanwalt erachtet den § 360, Abs. 9 für verletzt und meint, wenn der angezogene Paragraph von Anstalten spreche, die bestimmt sind gegen Leistung von Geldbeiträgen beim Eintritt gewisser Bedingungen Zahlungen an Kapital zu leisten, so sei damit nicht gesagt, daß die Anstalt in den betreffenden Fällen verpflichtet sein soll; es komme nur auf den Zweck an, welchen die Anstalt erfüllen soll. Die Zahlstelle des Verbandes der Zimmerer bezwecke, gegen Zahlungen von Geldbeiträgen den Mitgliedern im Falle von Streiks u. dergl. Unterstützung zu geben und damit sei der Tatbestand des § 360, Abs. 9 des Str.-G.-B. erfüllt. Die Mitglieder hätten ein Recht auf Unterstützung, da §§ 6 und 7 des Statuts von Rechten der Mitglieder sprechen; es stehe nicht im Belieben des Vorstandes Unterstützung zu gewähren oder nicht. — Man darf gespannt sein, wie die höchste Instanz entscheidet. Wir wollen aber darauf hinweisen, daß mir eine ganze Reihe anderer Vereine, die dasselbe thun als der Zimmererverband, kennen, gegen welche aber nicht in dieser Weise vorgegangen wird.

* **Alle Freunde des Naturheilverfahrens** seien auf einen morgen, Dienstag, abend im Kronprinzen stattfindenden Vortrag des Herrn Lehrers Just aus Wechselburg aufmerksam gemacht. Der Zutritt ist frei und jedermann gestattet.

*** **Zum zweiten Bürgermeister von Brandenburg** wurde der hiesige Stadtrat Weller gewählt.

*** **Ein barbarischer Vater** scheint der Tapezierer Kruschwitz zu sein, denn er schlug sein kaum ein halbes Jahr altes Kind derart, daß er dem Würmchen den rechten Oberschenkel brach. Dasselbe mußte in die Klinik zur Behandlung gebracht werden. Wie verdiebet muß das Gemüt eines solchen Mannes sein, der es fertig bringt, an seinem eigenen Kinde so zu handeln.

*** **Das Spielen mit Streichhölzern** verursachte dem 4jährigen Töchterchen des Arbeiters Emmerich schwere Brandwunden. Das Kind erwischte in einem unbewachten Augenblicke einige Streichhölzer; eins der Hölzchen entzündete sich und das Kleid der Kleinen stand im Nu in Flammen, wodurch es Verbrennungen an der rechten Körperseite erlitt.

* **Die Aufnahme der schulpflichtigen Kinder** für die katholische Volksschule findet morgen, Dienstag, den 8. März cr., nachmittags von 2 bis 4 Uhr in der Volksschule 1 und 2 an der Neuen Promenade 13 in der ersten Mädchenklasse, durch Rektor Grothe statt. Schulpflichtig ist jedes Kind, das bis zum 1. Okt. 1897 fünf Jahre alt geworden ist. Diejenigen Kinder, welche dieses Lebensjahr in der Zeit vom 1. Oktober 1897 bis zum 31. März 1898 erreichen, werden erst mit dem 1. April 1899 schulpflichtig. Bei der Anmeldung sind der Geburts- und Impfschein vorzulegen.

* **Zu dem Fernbleiben** des 11jährigen Knaben Karl Böhme von der Schule wird uns von einer am Markte feilhaltenden Fischhandlerfirma von hier noch folgendes mitgeteilt, das beweist, wie verkommen dieser Bursche schon ist:

„Besagter Knabe, stets perfekt gekleidet wie das Kind besser situierter Eltern, trieb sich in letzter Zeit an Markttagen auf dem Markte umher und bot sich mit Bitter um Bestellungen zu machen oder Fische fortzutragen, um etwas zu verdienen, wie er sagte. Auf die Frage ob er nicht in die Schule gehen müsse, sagte er wiederholt, er habe heute keine Schule.

Infolgedessen übergab ich ihm am Sonnabend, den 26. Febr., gegen 9 Uhr mit einem Zettel einen Lachs von 10 Pfund, um selbigen in ein hiesiges Hotel zu tragen. Bald kam er zurück und brachte 7 Pfd. wieder mit dem Bemerken, „sie hätten nur 3 Pfd. gebraucht und diese abgeschnitten, das Uebrige hätte er wieder mitnehmen müssen". Gleichzeitig bestellte er im Auftrage des betr. Wirtes, er solle Dienstag, den 1. März, Weißfische dorthin bringen.

Dienstag war der Bursche auch frühzeitig auf dem Markte und fragte, ob er jetzt die bestellten Weißfische fortragen sollte. Ich fragte ihn wieder nach der Schule und erhielt wieder die Antwort, er habe heute frei. Ich gebe ihm nun zwei lebende große Weißfische im Gewichte von 9 Pfd. zum Fortragen. Als er bald zurückkam, erzählte er, die Fische hätten sehr gefallen, die Leute hätten sie sogleich in eine Wanne mit Wasser gesetzt. Gleichzeitig bestellte er im selbigen Auftrage zu Donnerstag, 3. ds., wieder einen Lachs. Auch Donnerstag war er wieder früh bei mir auf dem Markte, um diesen Lachs fortzutragen.

Ich gab ihm nun einen Lachs von 14 Pfd. Bald kam er auch wieder zurück und sagte, der Fisch sei sehr schön gewesen, hätten die betr. Wirtsleute gesagt, er hätte quittieren sollen, habe aber doch keine Rechnung gehabt. (Ich hatte nämlich, weil der betr. Wirt regelmäßig bei mir kauft, keine Rechnung mitgeschickt.)

Als ich nun anderen Tags (Freitag, 4. ds.) selbst nach dem betr. Hotel ging, um die Rechnung zu überbringen, hörte ich zu meinem größten Erstaunen, daß dort keine Fische abgegeben, auch keine bestellt seien; den Knaben hatte man überhaupt dort nicht gesehen.

Da der raffinierte Junge trotz allen Drängens nicht gestehen wollte, wo er die Fische hingebracht hat, habe ich die Sache der Polizei zur weiteren Untersuchung übergeben.

Bei dieser Gelegenheit stellte es sich auch heraus, daß der Bursche voriges Jahr von der Schule in der Olearius Straße an die Schule in der Charlottenstraße überwiesen worden ist, dort aber einfach nicht hingegangen ist.

Daß dieses von der Schulbehörde nicht bemerkt wurde, ist mir ein Rätsel! Zu bemerken ist noch, daß der aufgeweckte, verkommene Junge alles Mögliche und Unmögliche erzählte, so u. a.: sein Vater sei Rittergutsbesitzer gewesen rc.

*** **Gestorben** ist am Freitag hier Professor Dr. Pütz. Derselbe war Leiter der tierärztlichen Klinik des landwirtschaftlichen Instituts hiesiger Universität und Dozent der Tierheilkunde. Er galt auf letzterem Gebiete als Autorität und hat auch verschiedene Schriften herausgegeben.

* **Aus dem Bureau des Stadttheaters.** Am Dienstag wird die Mozartsche Oper „Figaros Hochzeit" wiederholt. Den Grafen singt H. Dingeldey, während die Susanne mit Frl. Wioda besetzt ist. Für Mittwoch wird Gerhart Hauptmanns Traumdichtung „Hannes Himmelfahrt" vorbereitet. Dieses bedeutsame Werk des schlesischen Dichters, welches auch im königlichen Schauspielhaus zu Berlin zur Aufführung gekommen ist, wird Direktor Richards selbst in Szene setzen. — Da das Stück den Abend nicht füllt, gelangt vorher das Lustspiel „Der zerbrochene Krug" von Kleist zur Aufführung. Die Vorstellung findet im Farben-Abonnement statt.

* **Aus dem Bureau des Thalia-Theaters.** Als zweite Vorstellung gelegentlich des Ensemble-Gastspiels des Ibsen-Theaters aus Leipzig geht am Dienstag das fünfaktige Schauspiel „Die Frau vom Meer" in Szene. Die Vorstellung beginnt um 8 Uhr.

Friedrichschwerz. Sonntag, den 6. März, tagte hier eine gut besuchte öffentliche Bauarbeiter Versammlung. Genosse Seifert sprach über das Thema: „Warum organisieren wir uns". Redner giebt kurz einen geschichtlichen Ueberblick der Organisationen, verweist die Anwesenden auf den Nutzen derselben. Im weiteren geht Referent auf den geheimen Erlaß des Grafen von Posadowsky ein und unterzieht denselben einer scharfen Kritik. Mit dem April, bei der nächsten Reichstagswahl sich durch irgend welche Machenschaften der Gegner nicht berören zu lassen, sondern einmütig für den sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme abzugeben, schließt Redner seine interessanten Ausführungen. In der Diskussion spricht Genosse Schade in demselben Sinne, erläutert die rückständigen Bestimmungen der Gesindeordnung und fordert die Anwesenden auf, sich nicht bei der nächsten Reichstagswahl beeinflussen zu lassen, sondern ohne Scheu dem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme zu geben und auch unter ihren Arbeitsgenossen in dem Sinne zu agitieren.

Rächer Beifall wurde beiden Rednern zu teil und mit dem Versprechen, einmütig für den sozialdemokratischen Kandidaten zu agitieren und nur ihm bei der Wahl die Stimme zu geben, wurde die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen.

Weißenfels. Apollo-Theater. Den Reigen eröffnete Fräulein Weitrowska als Walzer- und Liedersängerin. Sie besitzt eine ausgezeichnete Stimme und ihr Lieder-Vortrag ist prächtig. Man wird selten in einem Varieté eine so tüchtige Sängerin zu hören bekommen. Für den humoristischen Teil ist wiederum die Familie Mohrmann aus dem vorigen Spielplan auf einige Tage übernommen worden, und erfreuten sich mit ihrer Tochter, welche die Serpentinänze auf das trefflichste vorgeführt hat, ebenfalls der Gunst des Publikums. Groven als Salon- und Tanz Humorist bietet in seinen Vorträgen immer Neues und Gutes. Als angenehme Abwechselung tritt ein aus 5 Personen bestehendes Ballett-Ensemble in den besten verschiedentlichen Kostümen auf und setzten das Publikum in helles Entzücken. Die drei Gebrüder Brothers Rollety als Hand- und Barterre-Akrobaten entstammen einer 11gliedrigen Künstlerfamilie und arbeiten in der exklatantesten Weise. Diese Nummer ist, ohne zu schmeicheln, eine Glanznummer des ganzen Spielplans, wofür das Publikum den besten Beweis durch Applaus den Künstlern zu Teil werden läßt. Der Mr. Freed als Witz Contorsionist leistet als Frosch- und Eidechsenmensch das Unglaublichste. Zu erwähnen sind noch der Jongleur Routzesko und der Gesangshumorist Harry Steiner, deren Leistungen gleichfalls sehr zufriedenstellende sind. Zum Schluß mag die Kapelle Erwähnung finden, die unter Leitung des Herrn Herrmann Vorzügliches biete:.

Weißenfels. Am Sonnabend, den 5. März, fand in der Zentralhalle eine sehr stark besuchte, öffentliche Gewerkschafts-Versammlung statt, in welcher der Schuhmacher J. Simon aus Erfurt als Referent erschienen war. Zur Tagesordnung stand das Thema: Protest gegen den Geheimerlaß des Grafen Posadowsky. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, erstattete Schuhmacher Menzel Berlin Bericht über den dortigen Schumacherausstand. Er führte aus, daß es in Berlin notwendig ist, einmal einen energischen Kampf gegen die Fabrikanten zu führen, da mit die Arbeiter nicht immer und immer wieder von Jahr zu Jahr gezwungen sind, gegen die beabsichtigte Knebelung von seiten der Fabrikanten Front zu machen und der schon mehrfach geschlossene Scheinfriede zu einem dauernden Frieden wird. Mehrere Fälle, welche angeführt wurden, zeigten der Versammlung in recht drastischer Weise, wie die Behörden vielfach die Unternehmer im Kampfe gegen die Arbeiter unterstützen; nur ein einziges Beispiel von den vielen wollen wir anführen: von 38 Streikenden einer Fabrik erhielten 22 Strafmandante. Ebenso ist es mit dem Arbeitsnachweis, welcher sich in den Händen der Fabrikanten befindet. Auch hier nur ein Beispiel von den vielen: Ein Mädchen, welches dort Arbeit erhalten hatte, dieselbe aber wegen Krankheit nicht antreten konnte, wurde ohne weiteres für 14 Tage von der Arbeit ausgesperrt, trotzdem dieselbe durch ärztliches Zeugnis nachweisen konnte, daß sie krank gewesen war. Mit einem Appell an das Solidaritätsgefühl der Weißenfelser Arbeiter schloß Redner seine Ausführungen.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute in Weißenfels tagende öffentliche Gewerkschafts-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Berliner Kolligen einverstanden, und ist mit ihm der Meinung, daß der Streik der Berliner Schuhmacher von großer prinzipieller Bedeutung für die gesamte Organisation der Schuhmacher Deutschlands ist; sie macht die Sache zu der ihrigen und gelobt, die Berliner streikenden Schuhmacher mit allen moralischen und materiellen Mitteln zu unterstützen."

Nunmehr erhielt Simon-Erfurt das Wort zu dem angegebenen Gegenstande. Da dieses Thema schon des öfteren in Volksblatte erörtert wurde, erübrigt sich eine ausführliche Wiedergabe.

Zum Schluß wurde noch die von der Generalkommission herausgegebene Resolution einstimmig angenommen, und damit die recht imposante Versammlung geschlossen.

Naumburg. Unser Kraatz als Mittelstandsretter und Nationalökonomiker. IV. Es war schon immer im großen Drama des Volksbetruges für den Liberalismus, d. h. für die Vertreter des wirtschaftlichen Faustrechts, eine Lieblingsrolle, sich als den einzig wahren und treuesten Volksfreund aufzuspielen. Je lächerlicher der liberale Phrasenmantel wurde und je mehr das Volk lernte, hinter ihm die nackte hartherzige Profitgier zu erkennen, desto stärkere Bühnenkünste mußten aufgewendet werden, um die argen Blößen von notdürftig bedeckt zu halten. Theoretisch will der Liberalismus eine gerechte Steuerverteilung. Als aber den Agrariern ihr Brotwucher nicht in vollem Umfange gestattet wurde, da wurden diese Edelsten und Besten rabiat und drohten, von ihrer „grünen" zur roten Internationale überzugehen! Als einst die ganz großen Einkommen mit 4 Prozent gefaßt werden sollten, da drohte ein führendes Kapitalistenblatt wie die Kölnische Zeitung, der Liberalismus werde unter solchen Umständen seine monarchische Gesinnung revidieren müssen. Und die sächsischen Konservativen tobten aus gleichen Gründen gegen „anarchistische" und „kommunistische" Maßnahmen der von Gott eingesetzten Obrigkeit.

Auch unser liberaler Kraatz warnt ähnlich auf das eindringlichste: man solle die höheren Einkommen nicht immer erheblicher heranziehen zu gunsten des sogenannten armen Mannes, dem immer mehr Rechte eingeräumt und immer mehr Pflichten abgenommen würden. Verfolge man diese abschüssige Bahn weiter, dann könne es nicht ausbleiben, daß die mittleren und höheren Einkommen nach und nach absorbiert würden.

Da haben wir also die alte Finanzpolitik des wirtschaftlichen Blut- und Eisen Ignoranten Bismarck, der staatserhaltend Millionäre züchten wollte. Ihm heiligte freilich der Zweck jedes Mittel. Es kam ihm seiner Zeit auch gar nicht darauf an, die widerspenstigen oberen Zehntausend mit dem „Patrimonium der Enterbten" und mit ähnlichem Schwindel zu schrecken! Unseren Bismarck-Finanzpolitiker Kraatz wollen wir heute nur mal an folgendem Urteil des schwärzesten Muckerblattes, Reichsbote genannt, riechen lassen, an einem Urteil, das sich noch dazu mit dem des agrarischen Hauptorgans deckt:

„Die Politik, welche den Kapitalismus protegiert, Millionäre züchtet und auf die Herrschaft der Herren von Bildung und Besitz zugeschnitten ist, findet im deutschen Volke nirgends mehr eine Unterstützung ....."

Die Deutsche Tageszeitung war sogar frech genug dazu, an dem Verstande derer zu zweifeln, die dem Kapitalismus noch in der Weise des Blut- und Eisenmenschen dienen wollten.

Möge sich unser Kraatz, der hier sich anscheinend sein liberales Herz noch unentweht voll und ganz bewahrt hat, mit den angeführten staatserhaltenden Blättern selber auseinanderlesen.

Jedenfalls wollen wir auch an solchen Früchten unseren Kraatz erkennen!

Bildschütz. Am 27. Februar verunglückte auf Grube Hedwig bei Bildschütz der Bergarbeiter Alt. Zu besserem Verständnis dieses Unglücksfalles diene folgendes. Nach Neujahr dieses Jahres gab es für Arbeiten genannter Grube per Wagen 16½ Pf., die nächste Zahlung nur noch 16 Pfg., dann 15½ Pfg. Schließlich wurde von jeder derartigen Arbeit ein Wagenschieber weggenommen und es gab nur noch 14½ Pf. per Wagen! Der Obersteiger begründete die immerwährenden Abzüge folgendermaßen: „Der Cuet hat geschrieben ... ich kann den Lohn nicht mehr geben. Ob das Geschäft faltelt geht oder was ist, weiß ich auch nicht. Ich gebe überhaupt schon 1 Pf. zu viel!" Man kann hieraus ermessen, wie elend das Gedinge gestellt ist, wie intensiv und mit Außerachtsetzung aller Rücksichten auf die persönliche Sicherheit gearbeitet werden muß, um auch nur einigermaßen etwas zu verdienen! Wahrlich, man muß sich angesichts dessen nur wundern, daß nicht noch mehr Unglücksfälle vorkommen. Ueberhaupt bleibt auf oben genannter Grube nicht mehr wie alles zu wünschen übrig. In der Leutestube steht ein gemauerter Ofen, dessen Abgangsrohr direkt ins Freie führt. Also eine Erwärmung der Stube ist beim besten Willen nicht möglich. Auf eine Beschwerde beim Obersteiger bemerkte derselbe: „Wem's zu kalt außen (in der Leutestube) ist, der bleibt drinnen!" (Im Schachte). Eine Lampe existiert, trotzdem Tag und Nachtschicht man sich in der Stube aufhalten muß, nicht und so müssen die Leute ihre rußigen Schachtlampen brennen, wenn sie ihr Essen nicht im Finstern einnehmen wollen. Vor kurzem war der zuständige Revierbeamte da. Warum war er nicht vor jeder Arbeit? Er hat ja doch den Schacht besahren! Jedenfalls möchte man ihn an mystische Arbeitspunkte nicht führen! Gerade dahin, wo die Arbeiter glaubten, der Herr Bergrat würde durch sein Erscheinen an diesen Arbeitspunkten bessernde Aenderungen veranlassen, kam er nicht. — Alles dies beweist wieder wie notwendig es ist, daß dem Revierbeamten Assistenten aus praktischen Bergarbeitern beigegeben werden.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle, 5. März

Preßprozeß. Gegen das Volksblatt war Anklage erhoben worden wegen einer in der Nr. 261 am 7. November d. J. erschienenen Briefkastennotiz, in welcher die Anklagebehörde Beleidigung der Polizei und der Staatsanwaltschaft, sowie Vergehen gegen das Preßgesetz erblickte. Verantwortlicher Redakteur war damals der Dr. Titus Voelkel, der anfänglich die Verantwortung für diese Notiz abgelehnt hatte, weil er zur Zeit der Drucklegung nicht in der Redaktion gewesen ist. Zur Klarstellung des Sachverhalts waren die Genossen Redakteur Ad. Thiele und Verleger Aug. Groß als Zeugen geladen.

In der inkriminierten Briefkasten-Notiz war der in der Maschinenfabrik von Kommerzienrat Dehne stattgehabte Unglücksfall erwähnt, bei dem ein Arbeiter auf schreckliche Weise sein Leben verlor, und daran die Bemerkung geknüpft, daß nicht eingeschritten worden sei.

Der Angeklagte legte dar, daß er am Tage, als die Briefkastennotiz erschienen ist, in Köthen und am darauffolgenden Tage in Reitzkau in einer Versammlung gesprochen habe. Einen stellvertretenden verantwortlichen Redakteur habe er für die Tage seiner Abwesenheit nicht gestellt; auch habe er die inkriminierte Briefkastennotiz nicht gelesen. Jedoch wolle er, da die Sache jedenfalls nicht von Bedeutung sei, die Verantwortung dafür übernehmen. Hiermit erübrigte sich die Vernehmung der Genossen Thiele und Groß. Seitens des Gerichts wurde aber dargelegt, daß nunmehr nur eine Verurteilung wegen Preßvergehens und nicht wegen Beleidigung erfolgen könne. Der Staatsanwalt meinte, objektiv liege eine Beleidigung der Polizei und der Staatsanwaltschaft vor; der Angeklagte habe aber nicht bewußt gehandelt und könne deshalb keine Verurteilung wegen Beleidigung erfolgen. Er habe aber als verantwortlicher Redakteur die Pflicht gehabt für eine Vertretung zu sorgen und da er dieses unterlassen hat, so muß Bestrafung nach § 21 des Preßgesetzes erfolgen. Die der Staatsanwaltschaft durch diese fahrlässig in die Presse lancierte Notiz ist eine sehr schwere, weshalb eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten zu beantragen sei.

Rechtsanwalt Herzfeld II meinte, daß die beantragte Strafe viel zu hoch sei. Was sei denn eigentlich im Artikel gesagt, doch nichts weiter, als daß die Arbeitgeber besser behandelt werden als die Arbeiter. Aus dem Inhalt des ganzen Artikels muß erst gefolgert werden, was die Staatsanwaltschaft annimmt. Die Leser des Volksblatts sind nun meistens Arbeiter und verstehen nicht so gut zu folgern als der Staatsanwalt. Ein Strafabmessung wie sie der Staatsanwalt wünsche, könne nicht erfolgen es sei denn, daß der bekannte Dolus Eventualissimus herausgesucht wurde. Drei Monate Gefängnis sei zu viel; es könne höchstens eine kleine Geldstrafe verhängt werden. Der Gerichtshof erkannte auf 50 Mk. Geldstrafe event. 10 Tage Gefängnis mit der Begründung, daß objektiv Beleidigung der Polizei und der Staatsanwaltschaft in der Briefkastennotiz zu erblicken ist. Es stehe aber nicht fest, daß der Angeklagte der Verfasser der Notiz ist. Er ist aber als verantwortlicher Redakteur jener Nr. aufgeführt und hat einzutreten, weil er die pflichtgemäße Sorgfalt auf Schaffung eines Stellvertreters außer acht gelassen hat. Dadurch daß der Angeklagte heute aber geständig war und mit der Notiz kein großer Schaden angerichtet worden ist, hat er eine gelinde Strafe verwirkt, weshalb wie gesehen erkannt worden.

Freigesprochen von der Anklage der unternommenen Verleitung zum Meineide wurde der Bäckermeister Ferdinand Stein von hier, der im September v. J. den Eisendreher Karl Ronne in einem Prozeß gegen den Bauunternehmer Jäger zum Meineide verleitet haben sollte. Die Sache erschien nicht genügend aufgeklärt.

Versammlungsbericht.

† **Former.** Versammlungs-Bericht. Mittwoch, den 2. März, fand im Faulmanns Restaurant eine öffentliche Versammlung der Former und Hilfsarbeiter statt, mit der Tagesordnung: 1. Wie stellen sich die halleschen Kollegen zu einem Arbeiter-Sekretariat? 2. Bericht der Vertreter vom Gewerkschaftskartell. 3. Wahl der Vertreter zu denselben. 4. Verschiedenes.

Zum 1. Punkt beleuchtete der Referent, Genosse Albrecht, in kurzen Worten den Nutzen einer solchen Institution, wie sie ja den Lesern des Volksblatt bekannt sei und meint, daß sie sich bei den Verhältnissen, die sich nach und nach entwickelt hätten, unumgänglich notwendig gemacht habe. Trotzdem weist er auch auf die Schattenseiten hin und daß die Metallarbeiter noch speziell mit dem Arbeits-Nachweis der Industriellen zu rechnen hätten. Der Vortrag wurde mit reichem Beifall aufgenommen und führte zu einer regen Diskussion, woran sich verschiedene Kollegen beteiligten. Einzelne sind dagegen, indem die Organisation noch zu schwach sei, andere wieder nur gegen die Fassung des Entwurfs, worauf Kollege Hinge erwidert, daß gerade dadurch die Organisation gehoben werden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218980308-19/fragment/page=0003

sollte. Er befürwortet das Arbeiter-Sekretariat, nur ist er gegen die Gleichberechtung der Indifferenten, indem sie die Kastanien verzehrten, welche die Organisierten für sie aus dem Feuer geholt hätten. Hierauf wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige öffentliche Formerversammlung erklärt sich im Prinzip mit der Gründung eines Arbeiter-Sekretariats einverstanden und verspricht, mit allen Kräften für die Errichtung eines solchen zu streben, kann sich aber mit der vorgelegten Geschäftsordnung nicht einverstanden erklären."

Der 2. Punkt fand seine Erledigung, indem Kollege Pfort Bericht erstattet, über die Arbeit des Gewerkschaftskartells, was ja auch schon im Volksblatt genügend erörtert ist.

Im 3. Punkt wurden die Kollegen Pfort und Henne als Vertreter zum Kartell einstimmig gewählt. Unter Verschiedenem beantragt Kollege Kayser, die „Pringler'sche Giesserei wegen der Mängel und schlechten Beleuchtung und schlechter Passage beim Giessen dem Gewerbe-Inspektor anzuzeigen. Schluß 12 Uhr der schwach besuchten Versammlung. H. S.

† **Zangenberg.** Am Sonntag, den 27. Februar, hielt der Verband deutscher Berg- und Hüttenarbeiter eine gemeinsame Versammlung der Zahlenstellen Zangenberg, Brödtitz, Luckenau und Naundorf im Gasthof zum Deutschen Kaiser in Aue ab. Leider war diese Versammlung trotz der wichtigen Tagesordnung nicht stark genug besucht, besonders die Kameraden von Zeitz hatten sich recht spärlich eingefunden, von den anderen Zahlstellen waren die Vertrauensmänner mit einigen Mitgliedern am Platze.

Es wurden die einzelnen Punkte der Tagesordnung einer lebhaften Debatte unterzogen. Dem Punkte Wahl der Delegierten nach Dortmund wurde die größte Aufmerksamkeit gezollt, und wurden sich die Mitglieder der einzelnen Zahlstellen dahin einig, nur einen Delegierten zur Generalversammlung nach Dortmund zu senden, und ihm die drei Mandate zu übertragen, weil andernfalls die Ausgaben für drei Delegierte zu hoch sein würden. Die Anträge zur Generalversammlung wurden den einzelnen Zahlstellen überlassen, und demgemäß wurde auch von der Zahlstelle Zangenberg der früher gefaßte Beschluß, betreffs Sterbegeld fallen gelassen, um dafür zu sorgen, daß eine Zuschußkasse ins Leben gerufen wird, damit der Bergmann in Krankheitsfällen besser geschützt ist; denn die paar Mark, die er wöchentlich aus der Knappschaftskasse erhält, sind bei weitem bei einer längeren Krankheitsdauer nicht ausreichend. Es wurde der Delegierte beauftragt, demgemäß zu wirken.

Nach Erledigung verschiedener Angelegenheiten wurde die Versammlung um 8½ Uhr abends geschlossen.

Vermischtes.

* **Ahlwardt** hat in Spandau eine arge Enttäuschung erlebt. In seiner Glanzperiode wurde er dort von Tausenden empfangen und den Gipfel seines „Ruhmes" erreichte er, als ihm unter dem Jubel der Menge von dem Hauptmann a. D. Herter ein Lorbeerkranz aufs Haupt gesetzt wurde. In voriger Woche kam er wieder nach Spandau, um über „Judenflinten, Zola und Dreyfus" zu sprechen, natürlich gegen 30 Pf. Eintrittsgeld. Aber nur sieben Zuhörer waren erschienen. Ahlwardt hielt es unter seiner Würde, aufzutreten, und verließ mit seinem Schwiegersohn Bodeck die undankbare Stadt.

* **Schon wieder ein Bergunglück.** In Sosnovice (Russisch-Polen) ist in der Saturngrube die Schachtzimmerung in Brand geraten. **20 Bergleute wurden bis Sonnabend nachmittag tot aus der Grube befördert.**

Aus dem Reiche.

Sprottau. Bahnfrevler. Seit einigen Wochen wurden fortgesetzt dadurch Attentate auf Eisenbahnzüge auf der Strecke Buchwald-Sprottau verübt, daß große Steine auf die Schienen gelegt wurden. Jetzt ist als Thäter der Restgutsbesitzer Giesel aus Girbigsdorf hiesigen Kreises ermittelt und gefesselt ins hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert worden.

Memel. In der Nacht auf Sonnabend überraschte ein plötzlich aufgekommener Sturm die hiesige Lachsfischer-Flotille auf See. 4 Kutter wurden an den Strand geworfen, andere sind schwer beschädigt. 10 Schiffer sind ertrunken, 6 werden noch vermißt.

Konstanz. Defraudant. Ein bekannter Bierbrauer, unweit von Konstanz, wurde von einem entlassenen Brauburschen wegen Brausteuer-Defraudation denunziert. Die in Frage kommende Summe für Steuer und Strafe — es werden hundert-zwanzigtausend Mark genannt — würde den Mann ruinieren. Der Brauer ist noch dazu Hoflieferant.

Quittung.

Für Parteizwecke:

Bei dem Familien-Abend in der Wolfsschlucht zur Regelung der Diätenfrage nicht für den freikonservativen Herrn v. Kardorff, gesammelt 3 M. Gr.

Zum Wahlfonds:

Vom Milchhändler B., welcher in der Wolffstraße Geschäft macht, 1 M. Gr.

Briefkasten der Redaktion.

F. Sch., Schwetschkestraße. Nach der Polizei-Verordnung vom 28. September 1888 sind Sie verpflichtet, Ihren Bruder als Schlafstellennehmer anzumelden. Der Schlafraum muß getrennt sein und einen besonderen Zugang haben. Die Polizei hatte also hierzu ein Recht.

G. S., Jordan. 1. Kündigen kann er, aber die Kündigung ist erst ab 1. Tag des betr. Quartals gültig. 2. Die Frau ist berechtigt, zu vermieten. Sie können also verlangen, die Wohnung herzeigen zu dürfen.

Fr. K. Sie haben allerdings für den Schaden zu haften, den Ihr Sohn angerichtet hat. Uebrigens muß Ihnen, ehe Sie zahlen, doch ein Zahlungsbefehl zugeschickt werden. Da die Sache schon zwei Jahre her ist, würden wir Ihnen raten, es darauf ankommen zu lassen.

Aug. O., Wittenberg. Gegen die Unfall-Berufsgenossenschaft werden Sie nicht mehr klagbar werden können, da jedenfalls die 14tägige Frist zur Einlegung der Berufung ans Reichsversicherungsamt verstrichen ist. Die 14tägige Frist rechnet von dem Tage an, wo Ihnen der Bescheid der Berufsgenossenschaft zugestellt ist. Wenn die Unfall-Berufsgenossenschaft die Kur- und Verpflegungskosten in Magdeburg gezahlt hat, werden Sie auch die Hälfte Krankengeld nicht zurück zu zahlen brauchen, denn die Krankenkasse hat doch durch Ihre Kur in Magdeburg keinen Schaden. Für solche Fälle sind die Statuten der Krankenkasse maßgebend. Vielleicht wird Ihnen durch Beschluß der Vorstandschaft betr. Kasse die Zurückzahlung erlassen.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, 4. März.

Aufgeboten: Der Stadtbahnwagenführer Seibel und Ida Kohl (Weckelstraße 6 und Wilhelmstraße 4). Der Eisendreher Bigmann und Julie Schäler (Siebenauerstraße 8 und Dryandorfstraße 15). Der Fabrikarbeiter Rost und Pauline Strauß (Mittelstraße 5 und Große Märkerstraße 16). Der Korrektor Heyder und Ida Schaaf (Jena und Albrechtstraße 12). Der Pfarrer Wiedel und Dorothee Köhler (Reichenbach und Güchenstraße 10). Der Handarbeiter Blume und Julie Steinmann (Brewirtsplatz 3 und Hemiettenstraße 8). Der Schuhmachermeister Krebs und Minna Heile (Hüttenrode und Oberwiederstedt). Der Maurer Gallaß und Friederike Schmidt (Leipzig und Thalborf). Der Schlosser Fiedig und Margarete Richter (Halle und Berlin). Der Bauschlosser Krause und Anna Kink (Halle und Apolda). Der Arbeiter Gießschuhns und Auguste Klimczyk (Sachwitz und Halle. Wittdtz).

Geschlossen: Der Schlosser Dinkel und Wilhelmine Henry (Thomasiusstraße 6 und Pfännerhöhe 52).

Geboren: Dem Goldarbeiter Dunker eine T. (Leipzigerstraße 13). Dem Schneider Fleischhauer ein S. (Merkelstraße 16). Dem Handarbeiter Berger ein S. (Fleischerstraße 14). Dem Steinsetzer Koch ein S. (Kleiner Sandberg 17). Dem Handarbeiter Nümmler eine T. (Kaffineriestraße 26). Dem Ingenieur Brockel eine T. (Handwerkerstraße 9). Dem Kaufmann Altenburg gen. Troitzsch ein S. (Thomasiusstraße 9). Dem Kerzenmacher Voigt ein S. (Rittersstraße 17). Dem Bäcker Butterling ein S. (Jakobstraße 23). Dem Fleischer Hofmann ein S. (Merseburgerstraße 14). Dem Postbote Bernhardt ein S. (Pfälzerstraße 4). Dem Maurer Hampe ein S. (Mittelstraße 10). Dem Bahnarbeiter Dönitz ein S. (Wittenbergerweg 10).

Gestorben: Der Maschinenschlosser Schaaf, 29 J. (Kaffineriestraße 3). Der Tuchmacher Richter, 54 J. (Kirnitz). Des Steindruckers Wolff S., 9 J. (Kleine Ulrichstr. 37). Die Witwe Henriette Werkmeister geb. Friedel, 65 J. (Siechenanstalt). Des Arbeiter Reichelt S., 4 J. (Klinik). Der Gelbgießer Dittmar S., 5 Wochen (Merseburgerstr. 159). Die Witwe Knoblauch geb. Holzmüller, 78 J. (Wuchtererstraße 64).

Für die Redaktion verantwortlich: **A. Weismann** in Halle

Ledertäschchen,
neueste moderne Formen,
Stück 1.—, 1.25, 1.50, 2.—, 3.— bis 12.— ℳ
Größte Auswahl. Nur beste Qualitäten.
C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90.

Achtung, Maurer!
Mittwoch den 9. März abends 8 Uhr im Saale der Moritzburg
große öffentl. Maurer-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Wie organisieren wir uns? 2. Stellungnahme zur Sammlung des Generalfonds. 3. Verschiedenes.
Infolge der Wichtigkeit der Versammlung ersuche ich die Kollegen zahlreich und pünktlich zu erscheinen. **Der Vertrauensmann.**

Osborgs Bellevue, Lindenstr. 78.
Morgen Dienstag den 8. März 1898
2. grosser Maskenball
Persisches Rosenfest in Schiras.
Von 8 Uhr ab **ununterbrochen Konzert von 2 Musikkapellen.**
Präzis 11 Uhr: **Prämiierung der 3 schönsten Damenmasken** durch ein von mir gewähltes Preisrichter-Kollegium.
Hierauf **Festpolonaise** durch sämtliche Räume des Etablissements
Demaskierung freigestellt. **Damen-Masken haben freien Eintritt.**
Die Preise für die schönsten Damenmasken liegen in meinem Lokale zur Besichtigung aus und besteht der erste Preis aus einer **goldenen Damenuhr.**
Hochachtungsvoll **Emil Osborg.**

Diemitz.
Laut Beschluß der letzten Wähler-Versammlung wurde der
Mechaniker Hugo Doebelt
als Vertreter der 3. Abteilung aufgestellt. Es wird gebeten, recht zahlreich und pünktlich morgen **Dienstag nachmittags 3 Uhr** zur Wahl zu erscheinen.

Dienstag den 8. März abends 8 Uhr
öffentliche Glaser-Versammlung
im „Englischen Hof", Großer Berlin.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen. **Der Einberufer.**

Bau-, Erd- u. gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Halle.
Dienstag den 8. März abends 8 Uhr in Faulmanns Restaurant
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Orts-Kranken- und Sterbekasse für das Schneidergewerbe.
Montag den 14. März 1898 abends 8½ Uhr in Zahns Restaurant, Martinsberg 6,
General-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Rechnungslegung.
2. Bericht der Rechnungs-Prüfungskommission.
3. Erhöhung der Entschädigung des Kassenführers.
4. Krankenhaus-Angelegenheit.
5. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Feine Wäsche zum Waschen und Plätten wird angenommen **Selma Gräfenhain,** Wehdau.

Kokosbutter, 10 Pfd ℳ 4.50, 5 Pfd. Butt., 5 Pfd. Honig ℳ 4. **Koch 9,** Tluste, Oestr.

Gebr. Herren- u. Damens., Schuhw., Uhr., Möbel verk. bill. Moritzkirchhof 8.

Trag. Ziegen verkauft Klosterstr. 13.

Malerarbeiten und **Tapezieren** wird billig ausgeführt Giebichenstein, Eichendorffstr. 21.

Naturheilkunde!
Dienstag den 8. März abends 8 Uhr im großen Saal des **Kronprinzen hier**
öffentlicher Vortrag:
„Die Naturheilkunde, ein großer Segen für Familie und Staat!"
Eintritt frei.
Vortragender: Herr Lehrer **Just** aus Wechselburg.
Damen und Herren sind zu diesem Vortrage ergebenst eingeladen.

Karl Koch's Nährzwieback
seit 15 Jahren durch erstaunliche Erfolge mehr als bewährt, unter ärztlicher Kontrolle hergestellt, chemisch untersucht, kalkphosphathaltiges, Blut- u. Knochen bildendes Nährmittel ersten Ranges, ist in Packungen zu 10, 20, 30 und 60 Pf. erhältlich in
Karl Kochs Nährzwieback-Fabrik, Halle a. S. und in allen besseren Kolonialwaren- und Droguenhandlungen.

C. Hammer
42 Leipzigerstr. 42
Spezialität:
Wecker mit Weckern
M. 2.50.
Versand gegen Nachnahme.
Reparaturen: Federeinsetzen 1 M. Glas, Zeiger, Uhrring à 10 Pf.

Deutsche Eiche,
Völlbergerweg 5.
Dienstag den 8. März 1898
erstes großes Schlachtefest.
Früh von 8 Uhr an **Wellfleisch.**
Abends **frische Wurst und Suppe.**
Für gemütliche Unterhaltung ist Sorge getragen.
Es ladet freundlichst ein **Reinhold Schulze.**

Stadt-Theater in Halle a. S.
Dienstag den 8. März 1898
Abends 7½ Uhr.
170 Vorstell. 130 Abonn.-Vorst.
Farbe: **rot.**
Die Hochzeit des Figaro.
Komische Oper in 4 Akten v. Mozart.
Mittwoch den 9. März 1898
Abends 7½ Uhr
171 Vorst. 131. Abonn.-Vorst.
Farbe: **blau.**
Der zerbrochene Krug.
Lustspiel in 1 Aufzug v. H. von Kleist.
Hierauf:
Hanneles Himmelfahrt.
Traumdichtung in 2 Teilen v. Gerhart Hauptmann.

Walhalla-Theater.
Direktion: Richard Hubert.
Gänzlich neuer Spielplan!
Das **Lepicq-Trio,** Bravour Luft-Gymnastiker am fliegenden Trapez. (Sensationell!) — **Freres Godart,** exzentrische Bravour-Gymnastiker am drehischen Reck. — Mr. **W. Immans** mit seiner Meute abgerichteter Brachthunde. — Mr. **Jack** und Miß **Mary,** die musikalischen Babys. — Das **Kiß'sche Millennium-Quintett,** ungarische National-Gesangs- u. Tanz-Gesellschaft. Fräulein **Mizzi Braun,** Gesangs-Soubrette. Herr **Karl Ewald Schlosser,** Original-Gesangs-Humorist.
Anfang 8 Uhr. Kasse geöffnet 7 Uhr.

Weissenfels.
Apollo-Theater.
Direktion i. A.: **Berlin.**
Kapellmeister: **Herrmann.**
Vom 1.—15. März.
Gänzl. neues Programm.
Letzatzeden-Wettfahrt, Marsch von Latann. — Ouverture z. Op. „Tancred" von Rossini. — Frl. **Emmy Weltrowska,** Liedersängerin. — **Three Trentanovi,** großartiges Matrosen Luftpotpourri. (Sensationell.) — Herr **Harry Steiner,** Gesangshumorist. — **Ballett-Ensemble „Sabarina."** (5 Personen.) — Am Meer. Lied von Schubert. — Mr. **Rontesko,** rumän. Jongleur. (Ohne Konkurrenz.) — Herr **Georg Groyen,** Tanz-Humorist. — **Brothers Rollery,** Parterre Akrobaten. — Das ersten Herzenklopfen, Salonstück von Eilenberg. — **Bibb u. Babb,** musikal.-akrob. Akt. — Schluß-Musik.
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Preise der Plätze: Loge 1.25 Mk., Balkon 1 Mk., Saal 50 Pf., Galerie 30 Pf.

Sämtl. Parteischriften empfiehlt **Die Volksbuchhandlung.**

I. Athleten-Klub
Halle a. S.
Unser **Vergnügen** findet nicht Freitag den 11. März, sondern
Donnerstag den 10. März
abends 8½ Uhr im **Neuen Theater** statt.
Ohne Karte keinen Zutritt.
Der Vorstand. Fr. Franke.

Thalia-Theater.
Geiststraße 42a.
Dienstag den 8. März
2. Ensemble-Gastspiel des Ibsentheaters aus Leipzig.
Die Frau vom Meer.
Schauspiel in 5 Akten von Ibsen.
Anfang 8 Uhr.

Die feinsten
Kinderwagen
in größter Auswahl
zu billigsten Preisen
nur bei
A. B. Schmidt
30 Große Steinstraße 30.

Wir haben wieder **mehrere gebrauchte, gut erhaltene**
Rover
zu verkaufen.
Albin & Paul Simon.

Frau **Friederike Mitsching** in Wörmlitz nachträglich zu ihrem 47. Hochzeitsfeste ein 3mal donnerndes Hoch! Liebes Mieckchen laß Dich nicht lumpen, daß wir können die Schokolade aus der Kanne pumpen.
Du ahnst es nicht!
Mehrere Freundinnen.

Danksagung.
Zurückgekehrt vom Grabe meines mir unvergeßlichen lieben Mannes, des Schlossers **Arthur Schaaf,** sage ihm allen für die so zahlreich bewiesene herzliche Teilnahme unsern aufrichtigsten Dank. Dank Herrn Oberprediger Saran für die trostreichen Worte am Grabe, sowie allen, die seinen Sarg mit Blumen schmückten.
Halle a. S. den 7. März 1898.
Die trauernde Witwe **Fanny Schaaf** geb. Storch nebst Kindern.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Gro... Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262189803 08-19/fragment/page=0004